

# Kommunalwahl 2019

**Soziale Kommunen in  
einem solidarischen Europa**

**Unser Programm  
zur Wahl  
des Kreistags**

**DIE LINKE.**

[die-linke-reutlingen.de](http://die-linke-reutlingen.de)



## **Liebe Wählerinnen und Wähler im Landkreis Reutlingen,**

linke Politik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie tritt ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und die Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort für alle Einwohner\*innen.

Der Landkreis muss über Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst bestimmen können. Die Entscheidungskompetenz darf nicht an privatwirtschaftlich organisierte Interessengruppen abgegeben werden und die Bereiche, die demokratischer und öffentlicher Einflussnahme zugänglich sind, müssen erhalten und ausgebaut werden.

## **Mit diesem Wahlprogramm stellen wir Ihnen die Schwerpunkte unserer kommunalpolitischen Arbeit im Landkreis vor.**

- 1.** Medizinische Versorgung erhalten und verbessern
- 2.** Inklusion für alle verwirklichen
- 3.** Umfassende Bildungschancen im ganzen Landkreis
- 4.** Solidarität mit Geflüchteten
- 5.** Infrastruktur im ländlichen Raum fördern
- 6.** Bezahlbarer Wohnraum
- 7.** Förderung und Integration von Arbeitslosen
- 8.** Lokale Initiativen für den Klima- und Umweltschutz
- 9.** Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte
- 10.** Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Stadt und Land
- 11.** Reichtum umverteilen – für lebenswerte Kommunen
- 12.** Keine Auskreisung der Stadt Reutlingen

## 01. Medizinische Versorgung erhalten und verbessern

### *Kreiskliniken*

Die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg steht unter Beschuss. Die von der Landesregierung geplante Ausdünnung der medizinischen Versorgungsleistungen und die damit verbundenen längeren Anfahrtswege führen notwendigerweise zu einer schlechteren gesundheitlichen Versorgung. Diese Politik widerspricht damit der gesetzlich geforderten allgemeinen Gesundheitsfürsorge, insbesondere im ländlichen Raum.

- Deshalb müssen neben dem Klinikum am Steinenberg auch unbedingt die Ermstaklinik in Bad Urach und die Albklinik in Münsingen als Krankenhäuser der medizinischen Grundversorgung erhalten bleiben

DIE LINKE kann Bestrebungen, die bestehende Finanznot unserer Kreiskliniken durch Privatisierungen aufzufangen, nicht mittragen. Die finanziellen Probleme der Krankenhäuser resultieren einerseits aus dem System der Fallpauschalen und andererseits aus der nicht bzw. nur unzureichend erfüllten Investitionsverpflichtung des Landes.

Der Bundestag hat 2018 mit dem Pflegestärkungsgesetz beschlossen, dass 20% zusätzliches Pflegepersonal in Krankenhäusern eingestellt werden kann. Diese Vorgabe ist sinnvoll, denn das Pflegepersonal leistet einen entscheidenden Beitrag zur Qualität der Gesundheitsversorgung in unseren Krankenhäusern. Die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte ist immens gestiegen, die Arbeitsleistung kann oft nur unter Bedingungen erbracht werden, die längerfristig die Beschäftigten krank machen. Abhilfe ist dringend geboten. Wir fordern daher:

- eine gute, auskömmliche Personalausstattung für alle Bereiche der Kliniken: Aufstockung des Pflegepersonals um 20%
- eine qualitativ hochwertige wohnortnahe Gesundheitsversorgung für den ganzen Landkreis: Keine weitere Ausdünnung der medizinischen Leistungen in Bad Urach. Für die Geburtshilfe in Münsingen müssen Ärzte gefunden werden
- Gesundheitsversorgung darf nicht rein betriebswirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden. DIE LINKE lehnt deshalb die Auslagerung der Geschäftsführung der Kreiskliniken an private Krankenhausbetreiber ab
- Die Kreiskliniken sollen im Interesse der Bürger\*innen in der Hand des Landkreises bleiben

### *Rettungswachen*

Keiner soll sterben, nur weil der Notarzt nicht in 15 Minuten da ist! Tatsache ist, dass in Gemeinden im südlichen Landkreis die Rettungskräfte nicht immer in den gesetzlich vorgeschriebenen 15 Minuten am Einsatzort sind.

- Wir fordern den Landkreis auf, sich für zusätzliche Rettungswachen einzusetzen
- Die Ausstattung der Rettungswachen mit Einsatzfahrzeugen soll verbessert werden, zwei Einsatzfahrzeuge pro Wache ist ein guter Standard. Wenn nur ein Einsatzfahrzeug vorgehalten wird, entstehen zusätzliche Verzögerungen, falls zeitgleich ein zweiter Notfall eintritt
- Dezentrale Landeplätze für Rettungshubschrauber sind zu schaffen

## 02. Inklusion für alle verwirklichen

Inklusion wird bislang noch fast ausschließlich auf Menschen mit sogenannten Behinderungen bezogen. Dies begrenzt jedoch Inklusion auf diesen Personenkreis. Inklusion steht also für eine kommunale Politik gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung.

Inklusion funktioniert nicht ohne Barrierefreiheit. Doch bauliche Veränderungen und speziell ausgerüstete Fahrzeuge reichen nicht aus, um den Alltag barrierefrei zu gestalten. Barrierefreiheit heißt, dass Gebäude und öffentliche Plätze, Arbeitsstätten und Wohnungen, Verkehrsmittel und Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen und Freizeitangebote so gestaltet werden, dass sie für alle ohne fremde Hilfe zugänglich sind.

- Inklusion in den Schulen des Landkreises mit entsprechender Personalausstattung (Schulbegleiter\*innen und speziell ausgebildete Lehrer\*innen)
- Barrierefreiheit aller Behörden des Landkreises. Insbesondere das Landratsamt (Gebäude Bismarckstraße 47) muss barrierefrei werden
- Die Schulen in Verantwortung des Landkreises müssen barrierefrei werden
- alle Busse und Züge für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und vor allem für Rollstuhlfahrer\*innen zugänglich machen
- Die Arbeit der Inklusionskonferenz soll weitergeführt werden

### *Eingliederungshilfe – Ambulante oder stationäre Betreuung?*

Zunehmend wird statt stationärer Betreuung ambulante Betreuung in der Eingliederungshilfe durchgeführt. Durch ambulante Betreuung sollen Kosten gespart werden. Dabei gibt es wirklich qualitativ hochwertige ambulante Betreuung nicht zum Billigtarif.

- Die Art der Betreuung muss sich an dem individuellen Hilfebedarf orientieren.
- Soziale Vereinsamung und Verwahrlosung der Menschen in dezentralen Wohngruppen darf keinesfalls das Ergebnis sein. Deshalb muss das Wohnen in Gruppen oder alleine angemessen vorbereitet werden (z. B. Tagesstruktur, Haushaltsführung, Umgang mit Konflikten, Behördengänge etc.
- Menschen, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten in Einrichtungen im Landkreis untergebracht sind, sollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben dürfen, auch wenn sie ursprünglich nicht aus dem Kreis Reutlingen stammen

## 03. Umfassende Bildungschancen im ganzen Landkreis

Die Bildungsangebote im ländlichen und städtischen Raum sollen gleichwertig sein. Beim zurzeit laufenden Prozess der regionalen Schulentwicklung im Landkreis ist der der LINKEN wichtig:

- möglichst viele Standorte für berufliche Schulen sollen erhalten bleiben und gestärkt werden
- insbesondere die beruflichen Schulstandorte in Bad Urach, Metzingen und Münsingen sollen qualitativ hochwertige Bildungsangebote machen

## **04. Solidarität statt Hetze – Integration ermöglichen, Rassismus bekämpfen**

Wir begegnen Geflüchteten mit derselben Solidarität, mit der wir allen Menschen begegnen. Solange die Fluchtursachen auf unserer Erde nicht nachhaltig beseitigt werden, stehen wir weiter in der Pflicht, Geflüchtete bei uns aufzunehmen. Sie benötigen nach den Strapazen und Gefahren ihrer Flucht vor Kriegen, Massakern, Umwelt- und Hungerkatastrophen dringend unsere Hilfe und menschliche Nähe. DIE LINKE tritt deshalb für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Im kommunalen Handlungsspielraum verstehen wir darunter eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung, respektvollen Umgang, Beratung und Begleitung, spezielle Angebote für traumatisierte Menschen und qualifizierte Integrationsangebote in Ausbildung und Beruf. Bereits gut integrierte Menschen sollen ein Bleiberecht bekommen statt abgeschoben werden.

Der Landkreis Reutlingen soll Kapazitäten für Sozialbetreuung und soziale Integration für Kreisgemeinden zur Verfügung stellen, die Geflüchtete aus Seenotrettungen im Mittelmeer im Rahmen der Aktion "Sicherer Hafen" aufnehmen

DIE LINKE setzt sich ein für:

- dezentrale Unterkünfte im gesamten Landkreis
- Bleiberechtsunabhängiges bedarfsgerechtes Angebot an Sprachkursen (mit Kinderbetreuung)
- reguläre Kindergarten-/ Kitaplatzvergabe für alle Kinder
- Zugang zu psychologischer Behandlung. Abbau der Sprachbarrieren durch professionelle Dolmetscher\*innen
- ausreichend sozialpädagogische Begleitung in den Unterkünften
- finanzielle Unterstützung von Initiativen zur sozialen und kulturellen Integration, wie beispielsweise Theater- oder Musikgruppen
- Förderung politischer Veranstaltungen zum Demokratieverständnis und gegen Rechtsextremismus in Schulen und Jugendhäusern

Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Wir wollen in unserer Gesellschaft Akzeptanz und Verständnis fördern und jede Form der Ausgrenzung verhindern. Wir beteiligen uns aktiv an regionalen Bündnissen gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung.

## **05. Infrastruktur im ländlichen Raum fördern**

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land herzustellen brauchen wir eine funktionierende regionale Strukturpolitik. DIE LINKE will die Lebensverhältnisse der Menschen gleichberechtigt aufwerten – in der Stadt und auf dem Land.

- Hierzu sind mehr kulturelle Angebote und öffentliche Dienstleistungen in den ländlichen Gemeinden nötig. Versorgungsleistungen werden immer stärker auf die Städte konzentriert, das betrifft unter anderem die medizinische Versorgung, den Einzelhandel und schnelles Internet
- Wir brauchen eine bessere Anbindung im Nahverkehr

### *Mobilitätsplan*

DIE LINKE fordert einen umfassenden Mobilitätsplan. Die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs ist zu optimieren durch

- bessere Taktung der Anschlüsse und genaue Analyse der Bedarfsstrukturen. Auch auf den Dörfern sollen Busse nicht nur sporadisch fahren
- gute Erreichbarkeit des gesamten Landkreises durch den ÖPNV, wobei die Fahrpläne von Bus und Bahn abzustimmen sind

### *Kostenloser Nahverkehr, Sozialticket*

Langfristig strebt DIE LINKE kostenlosen Nahverkehr an. Mobilität ist eine Voraussetzung zur sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe in unserer Gesellschaft. Kurzfristig fordern wir:

- ein Sozialticket für Hartz-IV-Berechtigte und andere Personengruppen mit niedrigem Einkommen für den Landkreis Reutlingen. Unter diese Regelung fallen Personen, die ein Einkommen von maximal 30% über dem Existenzminimum haben. Der Preis für das Sozialticket soll nicht über dem Betrag liegen, der bei Hartz IV für Fahrkarten ausgewiesen ist

### *Regionalstadtbahn*

Die Regionalstadtbahn ist unverzichtbar für einen attraktiven Nahverkehr in der Region. Die Planungen hierfür müssen forciert werden. Durch die Regionalstadtbahn wird der ÖPNV und damit die gesamte Verkehrssituation in der Region Neckar-Alb nachhaltig verbessert, da sie eine attraktive Alternative für viele Pendler ist, wie das Beispiel Karlsruhe zeigt. Auch bei der Regionalstadtbahn ist die Barrierefreiheit zu beachten.

### *Radwege*

Die Radwege im Landkreis sollen ausgebaut und besser beschildert werden.

## **06. Bezahlbarer Wohnraum**

Die Versorgung mit Wohnraum, den sich die Bürger\*innen leisten können, gehört nach Meinung der LINKEN ebenfalls zur Aufgabe des Landkreises.

Die bestehenden Wohnungsbaugesellschaften können die riesige Bedarfslücke an Sozialwohnungen nicht ausfüllen und entwickeln aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu wenige Aktivitäten im Sozialen Wohnungsbau. Im Landkreis Reutlingen sind vor allem die kleineren Kommunen in diesem Sektor auf sich allein gestellt und holen sich Hilfestellung bei Wohnungsgesellschaften aus der Region, deren Kapazitäten jedoch begrenzt sind. DIE LINKE fordert:

- Gründung einer Kreisbaugesellschaft
- Koordination der Gesamtplanung für den sozialen Wohnungsbau im Landkreis

## 07. Förderung und Integration von Arbeitslosen

DIE LINKE lehnt Sanktionen für Hartz IV Empfänger\*innen ab. Die Jobcenter müssen ihrer arbeitsmarktpolitischen Verpflichtung nachkommen. Da in den Trägerversammlungen der Jobcenter gleichberechtigt kommunale Vertreter\*innen sitzen, hat der Landkreis einen nicht unerheblichen Einfluss auf die jeweils jährlich zu beschließenden Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme.

- Weniger 1 €-Jobs und stattdessen die Schaffung bzw. Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
- Ausbau von Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten mit hohen fachlichen Standards, zu den Bedingungen „Guter Arbeit“, in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, Berufskollegs und freien Trägern
- mehr qualifiziertes Personal im Jobcenter, um die Betreuungsquote pro Sachbearbeiter\*in deutlich zu verringern
- Angemessene Unterkunfts- und Heizkosten müssen in tatsächlicher Höhe übernommen werden
- Verbot der Stromsperrern durch die Energieversorger
- Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich

## 08. Lokale Initiativen für den Klima- und Umweltschutz

Jeder Mensch hat Anspruch auf eine beheizte Wohnung und Stromversorgung. Daher gehören erstens die Energieversorgungsnetze in die Hand der Kommunen, nicht in die privater Konzerne. Zweitens wollen wir eine Demokratisierung der Energiewirtschaft, insbesondere durch die Förderung genossenschaftlich organisierter, lokaler Energieversorger. Neben dem sozialen hat das Thema Energieversorgung aber auch den ökologischen Aspekt, da die Energieproduktion von heute nicht zu Lasten der künftigen Generationen gehen darf. DIE LINKE sieht sich dem 1,5 Grad-Ziel des UN-Klimarahmenabkommens verpflichtet und will daher alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Deshalb erstreben wir eine mittelfristige Umstellung auf 100% erneuerbare Energie, was wiederum nur durch Investitionen in dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen zu erreichen sein wird.

DIE LINKE fordert:

- eine Energieleitplanung, um systematisch Möglichkeiten für die erneuerbare Energie und Wärmeversorgung zu erheben
- einen Klimaschutzfonds, um Energiesanierungs- und Einsparkreisläufe zu etablieren
- Klimaanpassungskonzepte und klimaneutrales Bauen im Hoch- und Tiefbau
- Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien für alle Liegenschaften des Landkreises
- Unterstützung von Ressourcen schonendem Verhalten, Energiesparen und Abfallvermeidung, z.B. durch ein Programm für klimafreundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte
- vorrangigen Bezug des Landkreises von Produkten aus regionaler, saisonaler und möglichst ökologischer Erzeugung
- Beschaffungen und Vergaben nur an Betriebe und Dienstleistende mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

- Waldbestände in kommunaler Hand zu erhalten und pflegerisch zu bewirtschaften, da sie der Kohlenstoffspeicherung dienen
- Entwicklung neuer Abfallverwertungskonzepte, die zur Energieversorgung im Landkreis beitragen

## **09. Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte**

Viele kommunale Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten und Verwaltungen unter Hinzuziehung von teuren Beraterfirmen getroffen. Das untergräbt die Demokratie.

- die Bürger\*innen müssen rechtzeitig, öfter und auch verbindlicher in Entscheidungen einbezogen werden
- gerade bei kostenintensiven Großprojekten und bei Vorhaben kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser und Verkehrsverbünde braucht es Möglichkeiten der Partizipation
- Bürger\*innenanträge und -entscheide wollen wir auch auf Landkreisebene ausweiten
- DIE LINKE fordert die Direktwahl der Landräte und Landrätinnen

## **10. Kultur und Teilhabe für alle Menschen in Stadt und Land**

DIE LINKE steht voll zu der beschlossenen Kulturkonzeption des Landkreises. Kultur schafft Identitäten und überwindet Grenzen, sie sorgt für Austausch und Lebensqualität in den Kommunen. Wir bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und wirken allen Versuchen entgegen, diese zu beschneiden. Dabei sind sowohl kommunale Kulturträger als auch freie Gruppen und nicht kommerzielle Angebote gleichwertig zu sehen.

Das bedeutet für DIE LINKE konkret:

- Wir unterstützen hier besonders den Aufbau von selbstverwalteten Jugendzentren und fördern den Ausbau eigenständiger Kulturangebote für Jung und Alt
- Vernetzung und verstärkte Förderung kultureller Angebote: Alle kulturellen Angebote bedürfen der ausreichenden Finanzierung, um in die Gesellschaft wirken zu können, und Künstler\*innen müssen von ihrer Arbeit leben können.
- Das gilt für das selbstverwaltete Jugendzentrum Zelle ebenso wie für die Theater der Region, das soziokulturelle Zentrum franz.K und die Württembergische Philharmonie in Reutlingen

## **11. Reichtum umverteilen – für lebenswerte Kommunen**

Der Landkreis braucht eine sichere finanzielle Ausstattung!

Eine Millionärssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes könnten Ländern und Kommunen zu Gute kommen und für notwendige Investitionen eingesetzt werden. Wir wollen eine Reform der Kommunalfinanzierung, um die Gestaltungsspielräume für den Landkreis zu erweitern.

Wir setzen uns ein für eine Kreisumlage, die die Möglichkeiten des Landkreises, die Daseinsfürsorge für die Bürger\*innen zu regeln, nicht beschränkt.

## **12. Keine Auskreisung der Stadt Reutlingen**

DIE LINKE lehnt die Auskreisung der Stadt Reutlingen ab. Durch die Auskreisung werden Doppelstrukturen geschaffen, die auch zusätzliche Kosten verursachen. Der „Restlandkreis“ bestünde aus nicht zusammenhängenden Gebietsteilen und wäre evtl. langfristig nicht überlebensfähig. Der Landkreis würde geschwächt ohne erkennbaren Nutzen für die Stadt Reutlingen.

Die Struktur des Landkreises soll bleiben, wie sie ist!

V. i. S. d. P:  
Rüdiger Weckmann  
DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen  
Karlstraße 16  
72764 Reutlingen  
Tel.: 07121 8793039